
Kulturaustausch in Zeiten rauer Machtpolitik

Zum 75. Geburtstag des Goethe-Instituts

Gegründet einst zur Lehrerfortbildung, hat sich das Goethe-Institut inzwischen längst von der anfänglichen politischen Engführung emanzipiert. Über die Jahrzehnte und allen politischen Umbrüchen zum Trotz wurde es zur zentralen Plattform für transnationalen Kulturaustausch. Nun allerdings droht der Kultur in Zeiten neuer Machtpolitik als global wirksamer »Soft Power« eine nationalistische Wende.

Von CAROLA LENTZ

Als vor 75 Jahren, im August 1951, das Goethe-Institut als eingetragener gemeinnütziger Verein gegründet wurde, sah der Vereinszweck zunächst die bloße »Fortbildung ausländischer Deutschlehrer« vor, was kurz darauf zur »Pflege der deutschen Sprache im Ausland« und bald auch »der Kultur« erweitert wurde. 1952 nahm das Goethe-Institut in München, wo es bis heute seinen Hauptsitz hat, seine Arbeit auf und eröffnete den ersten Auslandsstandort in Athen. Bis Ende der 1950er Jahre folgten weitere Dépendancen, in West- und Südeuropa, aber auch schon früh im Nahen Osten, in Nordafrika, Indien und Pakistan. Mit jeder geopolitischen Wende, von der Dekolonisierung über das Ende der Sowjetunion und den islamistischen Terror von 9/11 bis zur jüngsten Rekonfiguration der internationalen Machtbeziehungen, wurden neue Standorte errichtet - und ältere aufgrund von politischem Druck der Gastländer zwangsweise geschlossen oder wegen finanzieller Engpässe in Deutschland abgewickelt. Heute gibt es 154 Institute in 100 Ländern.

Gerade durch seine Unabhängigkeit, durch seine Angebote von dialogischem Kulturaustausch und den Raum, den es für ästhetisch-künstlerischen Eigensinn bot, trug das Goethe-Institut - Welch Ironie der Geschichte - zum guten Namen Deutschlands in der Welt entscheidend bei. Vor allem unter den kulturellen und intellektuellen Eliten seiner Gastländer gewann es zahlreiche Freunde für Deutschland. Die an den Goethe-Instituten entstandenen Verbindungen wiederum brachten internationale Perspektiven in unser Land. Generell zeigt sich: Das Goethe-Institut reflektiert gesellschaftspolitische Veränderungen nicht nur, sondern gestaltet diese auch mit. Vom Exporteur nationaler Kulturprodukte wurde das Institut so immer stärker zum globalen Netzwerker und zu einer Plattform für transnationalen Kulturaustausch.¹

CAROLA LENTZ, geb. 1954 in Braunschweig, ist Seniorforschungsprofessorin am Institut für Ethnologie und Afrikastudien an der Universität Mainz; von Nov. 2020 bis Nov. 2024 war sie Präsidentin des Goethe-Instituts.

¹ Kulturaustausch konstituiert das dritte Arbeitsfeld des Goethe-Instituts, neben der Vermittlung der deutschen Sprache und eines facettenreichen Deutschlandbilds.

Allerdings scheint sich heute, im Kontext der aktuellen geökonomischen und -politischen Umbrüche, das Fenster für eine solche liberale postnationalstaatliche und postkoloniale Kulturpolitik wieder zu schließen. Weltweit beobachten wir eine nationalistische Kulturwende, die Kultur wieder substanziell inhaltlich definieren und Kulturaustausch unmittelbar zur Stärkung nationaler Interessen einsetzen will. Auch in Deutschland werden solche Tendenzen zunehmend spürbar - mit gefährlichen Konsequenzen. Welche Freiheitsräume bleiben vor diesem Hintergrund für kreative Begegnungen und »zweckfreie« Ästhetik? Und wie resilient ist die »bottom-up«, lokal responsive Arbeitsweise des Goethe-Instituts, in der ich eine seiner größten Stärken sehe, gegen zentrale Steuerungsansprüche? Quo vadis freier Kulturaustausch in Zeiten rauer Machtpolitik, lautet die Frage - gerade mit Blick auf die Anfänge dieser so wichtigen Institution.

Ein Kind des Kalten Krieges

Das Goethe-Institut war, wie viele Kultureinrichtungen der jungen Bundesrepublik, ein Kind des Kalten Krieges. Sein Gründungsdatum 1951 war ein wichtiges Jahr für die Rückkehr der jungen Bundesrepublik auf die internationale Bühne. Im März wurde das Auswärtige Amt wiedergegründet; im April unterzeichnete die Bundesrepublik den Vertrag über die Montanunion, den Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft; im Herbst erklärten die westlichen Alliierten den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. Indem er am 27. September im Deutschen Bundestag die Bereitschaft zur Wiedergutmachung erklärte, öffnete Bundeskanzler Konrad Adenauer den Weg für Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel und der Jewish Claims Conference, die ein Jahr später im Luxemburger Abkommen mündeten.

Westbindung, Wirtschaftsaufschwung, Frieden, Aussöhnung: Westdeutschland sah sich auf einem guten Weg, aber der weltpolitische Rahmen des Kalten Krieges schwang bei alledem mit. Das war auch in der Kulturpolitik spürbar - und besonders

»Kulturelle Diplomatie sollte Vertrauen zurückgewinnen und Anschluss finden an eine Welt, die Deutschland aus guten Gründen misstraute.«

der mit internationalen Ambitionen. Auch hier war 1951 ein wichtiges Jahr: Am 6. Juni 1951 wurde die erste Berlinale eröffnet, als »Schaufenster des Westens« und Bollwerk gegen den Kommunismus (das nationalsozialistische Engagement des Festivalleiters Alfred Bauer wurde erst 2020 öffentlich bekannt). Im Herbst wurde zum zweiten Mal der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen, an den Urwaldarzt und

Philosophen Albert Schweitzer, den »guten Deutschen« von Lambarene, für seinen humanitären Einsatz in Afrika (die kolonialrassistischen Untertöne seiner Aktionen und Reden wurden erst kürzlich beleuchtet).

Doch 1951 war auch das Jahr, in dem Theodor W. Adorno seine »Minima Moralia« veröffentlichte, Hannah Arendt das englische Original von »Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft« vorlegte, und Wolfgang Koeppen mit »Tauben im Gras« seine »Trilogie des Scheiterns« eröffnete, wie seine Romane über den versäumten Neuanfang im Nachkriegsdeutschland später genannt wurden. Diese Autoren und Texte

sollten erst später in der Arbeit des Goethe-Instituts eine wichtige Rolle spielen. Aber die Ambivalenz von Proklamation eines robusten Neuanfangs und skeptischer Diagnose von Kontinuitäten des Nationalsozialismus prägte die kulturelle Landschaft Westdeutschlands und die Arbeit seines Auslands-Kulturinstituts von Anfang an.

Kulturelle Diplomatie sollte Vertrauen zurückgewinnen, Gesprächsfähigkeit herstellen, Anschluss finden an eine Welt, die Deutschland aus guten Gründen misstraute. Um sich demonstrativ von der zentralistischen Kulturpolitik des »Dritten Reiches« zu distanzieren, setzte Bonn im Innern auf Föderalismus und im Äußeren auf ein Prinzip, das bereits die Weimarer Republik erprobt hatte: die Auslagerung kultureller Repräsentation an formal unabhängige Mittlerorganisationen.

Das Goethe-Institut war ein Nachfolger der Deutschen Akademie, die sich im Nationalsozialismus selbst gleichgeschaltet hatte. Mit seiner Berufung auf den universalistisch anschlussfähigen Namenspatron Goethe - so hatte sich auch die Sprachabteilung der Deutschen Akademie schon 1932 genannt - sollte diese Vergangenheit nun gleichsam unsichtbar gemacht werden.

Als eingetragener Verein war das Goethe-Institut staatsfern genug, um glaubwürdig, und staatsnah genug, um weltweit präsent zu sein. Sein erster Präsident, Kurt Magnus (von 1951 bis 1962), Verwaltungsjurist und Rundfunkpionier, stand biografisch für Distanz zum Nationalsozialismus. Er hatte

unter dem Regime seine Leitungsfunktion im Reichsrundfunk niedergelegt und war später inhaftiert worden. Doch der personelle Neubeginn blieb ambivalent: Andere Akteure hatten sich angepasst, ideologische Versatzstücke übernommen oder sich nach 1945 als »unbelastet« einstufen lassen; wieder andere reklamierten eine unpolitische Konzentration auf Sprachvermittlung. Schon hier zeigte sich, was die Institution dauerhaft prägen sollte: moralischer Anspruch, politische Einbindung und organisatorische Pragmatik gingen nicht bruchlos ineinander auf.

Ab Ende der 1950er Jahre wuchs das Auslandsnetz rasch. Das Auswärtige Amt übertrug dem Institut die zuvor staatlich betriebenen Kulturinstitute - eine funktionale Arbeitsteilung im Zeichen des Kalten Krieges. Kulturpolitik wurde zur Bühne internationaler Anerkennung, und mit eben diesem Ziel wurde auch in der DDR 1951 mit dem Herder-Institut eine Kultureinrichtung für weltweiten Deutschunterricht und Kulturaustausch eröffnet.

Für das Goethe-Institut begannen mit der Präsentation zeitgenössischer Kunst und intellektueller Debatten im Ausland die ersten Konflikte. Wie viel Gegenwart, wie viel Kritik verträgt das offizielle Deutschlandbild?

Wenn Institute avantgardistische Kunst oder gesellschaftskritische Positionen vermittelten, kollidierte dies bisweilen mit diplomatischen Sensibilitäten. Die Präsidentschaften der 1960er und 1970er Jahre spiegelten diese Suchbewegungen. Auf Kurt Magnus folgten Max Grasmann (1962/63) und der Diplomat Peter H. Pfeiffer (1963 bis 1971), dessen NS-Vergangenheit öffentlich thematisiert wurde - ein Indiz dafür, dass der anfänglich geforderte klare Bruch mit alten Eliten an Gewicht verlor. Auch Hans Herwarth von Bittenfeld (1971 bis 1977), ebenfalls Diplomat, stand für

»Die Gretchenfrage von Beginn an: Wie viel Gegenwart, wie viel Kritik verträgt das offizielle Deutschlandbild?«

Kontinuität und Nähe zum Auswärtigen Amt. In dieser Phase blieb die institutionelle Balance prekär: Autonomie wurde reklamiert, politische Loyalität erwartet.

Erst mit Klaus von Bismarck (1977 bis 1989), Journalist und früherer WDR-Intendant, gewann das Institut deutliches Eigenprofil. In einer Zeit innenpolitischer Polarisierung verteidigte er die Liberalität der auswärtigen Kulturpolitik gegen parteipolitische Vereinnahmung. Als Bundeskanzler Helmut Kohl die »geistig-moralische Wende« ausrief und Franz Josef Strauß dem Institut eine linksorientierte Schlagseite vorwarf, hielt von Bismarck an Pluralität und Meinungsfreiheit fest. Er setzte damit

Maßstäbe für die Grenzen politischer Einflussnahme und machte deutlich, dass internationale Glaubwürdigkeit nicht durch Glättung, sondern durch Offenheit entsteht.

Die gesellschaftlichen Umbrüche um 1968 und die sozialliberale Reformära hatten die Leitidee bereits verschoben: Kultur galt nun als »dritte Säule« der Außenpolitik. Austausch, Partnerschaft, Gegenwartsbezug lösten den einseitigen Kulturexport ab.

»Die gesellschaftlichen Umbrüche um 1968 und die sozialliberale Reformära verschoben die Leitidee: Kultur galt nun als ›dritte Säule‹ der Außenpolitik.«

Vieles davon war im Institut zuvor erprobt worden und erhielt nun politische Legitimation. Das Goethe-Institut verstand sich als Pionier dieser Öffnung - als Resonanzraum internationaler Stimmen, auch solcher, die Deutschlands Schattenseiten thematisierten. Interne Reformen professionalisierten die Organisation; das Verhältnis zum Auswärtigen Amt wurde vertraglich neu geordnet. Doch die Ambivalenz blieb: Autonomie im Auftrag des Staates ist und bleibt ein dauerhaftes Spannungsverhältnis.

Nach der Wiedervereinigung

Der Epochenbruch von 1989/90 veränderte die Koordinaten grundlegend. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung verschwand die kulturelle Doppelrepräsentation Deutschlands. Das Goethe-Institut übernahm eine zentrale Rolle im Transformationsraum Mittel- und Osteuropas - getragen von Aufbruchsstimmung und der Gründung zahlreicher neuer Institute, aber belastet durch finanzielle Engpässe. Und: Die Integration ostdeutscher Perspektiven in Personal- und Erinnerungspolitik blieb unvollständig.

Hilmar Hoffmann, Institutspräsident von 1993 bis 2001 und zuvor Frankfurter Kulturdezernent, brachte das Motto »Kultur für alle« ins Amt. Er verkörperte die Erweiterung des Kulturbegriffs, die Abkehr vom engen Hochkulturparadigma zugunsten eines breiten Verständnisses von Bildung und Teilhabe. Allerdings stießen neue Programmlinien und Projektideen auf enge finanzielle Grenzen. In den rot-grünen Jahren unter Kanzler Gerhard Schröder traf Sparpolitik das Institut empfindlich. Hoffmanns Netzwerke und sein in Frankfurt einst erfolgreicher personaler Politikstil konnten in der Arena der Bundespolitik die strukturelle Finanzkrise des Goethe-Instituts nicht nachhaltig wenden.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verschoben sich die Prioritäten erneut. Konfliktprävention, Dialog mit islamisch geprägten Gesellschaften und

die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure gewannen an Bedeutung; regionale Schwerpunkte lagen im Nahen und Mittleren Osten sowie in den aufstrebenden Staaten Asiens. Das Auswärtige Amt, seit 1998 unter Leitung von Joschka Fischer, war bestrebt, Außenkulturpolitik enger in seine Agenda der Stärkung Europas und der Konfliktprävention einzubinden. Die »Konzeption 2000« sah Kulturpolitik explizit als Instrument der Außenpolitik, um Brücken zu bauen und in einer globalisierten Welt deutsche Interessen zu vertreten. Kultur sollte das Ansehen Deutschlands im Ausland stärken. Insgesamt keine neue Idee für Deutschlands Außenkulturpolitik, aber erstmals seit langem explizit formuliert und in Ansprüche auf engere Kontrolle der Mittlerorganisationen umgesetzt - ohne jedoch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Präsidentin Jutta Limbach (2002 bis 2008), zuvor Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, begegnete solchen Versuchen politischer Instrumentalisierung mit Skepsis. Sie trieb interne Reformen des Goethe-Instituts voran, ordnete sein Verhältnis zum Auswärtigen Amt neu und verteidigte damit seine institutionelle Unabhängigkeit. Erst unter Außenminister Frank-Walter Steinmeier gelang dann auch eine finanzielle Stabilisierung und die Anerkennung, dass eine relativ unabhängige kulturelle Außenpolitik strategisches Gewicht besitzt.

Mit Klaus-Dieter Lehmann, Kulturmanager und Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, trat 2008 ein erfahrener Netzwerker an die Spitze. In einer Phase kontinuierlich wachsender Mittel entwickelte sich das Institut weiter zur globalen Plattform für multilateralen kulturellen Austausch. Europäische Kooperation - etwa im Rahmen von EUNIC (European Union National Institutes for Culture) - gewann an Profil; Debatten um Kolonialismus, Restitution und globale Gerechtigkeit prägten zunehmend die Agenda. Organisatorisch stärkten Dezentralisierung, Regionalisierung und Budgetverantwortung die Auslandsstrukturen des Goethe-Instituts. Und mit dem Wachstum und der Professionalisierung der Organisation wandelte sich die Präsidentschaft vom Solisten- zum Ensemblepart: weniger machtvoller Dirigent als strategische Impulsgeberin, weniger Einzelkämpfer als Netzwerkerin.

Kulturaustausch in Zeiten von Corona, Krisen und Kriegen

Als mich Klaus-Dieter Lehmann im Sommer 2019 fragte, ob ich mir vorstellen könne, seine Nachfolge anzutreten, war ich mit den Entwicklungen der Kulturarbeit des Goethe-Instituts nicht näher vertraut und darum von dieser ehrenvollen Anfrage durchaus überrascht. Obwohl ich zwar (auch) gelernte Germanistin bin, hatte Lehmann dies gar nicht im Blick. Vielmehr schienen ihm gerade meine langjährigen Erfahrungen als Ethnologin, meine Forschungen in Südamerika und Afrika und meine thematischen Interessen - Migration und Bildungsbiografien, Kolonialgeschichte und Dekolonisierung, Nationalismus, Ethnizität und Erinnerungspolitik - bestens zur Arbeit des Goethe-Instituts zu passen. Lehmann selbst hatte die Öffnung des Instituts für eine stärker multilateral arbeitende Kultur- und Bildungspolitik und für ein größeres Interesse an Afrika und Dekolonisierung eingeleitet. Tatsächlich konnte ich, so meine Bilanz im Rückblick, mit meiner Biografie und Ausbildung wohl einer bestimmten Phase in der Institutsgeschichte ein öffentliches Gesicht geben.

Erstens ließ sich die an der ethnologischen Methode der teilnehmenden Beobachtung geschulte Haltung des Zuhörens und der Neugier auf »fremde« Perspektiven auf

die politische und kulturelle Praxis des Goethe-Instituts und meine Arbeit als Präsidentin übertragen. Zweitens gab es Affinitäten zwischen dem offenen, prozessualen Kulturbegriff in der zeitgenössischen Ethnologie und der Kulturarbeit des Instituts, das seit den 2010er Jahren in multiperspektivischen Projekten gemeinsam mit Künstlerinnen und Intellektuellen aus verschiedenen Ländern globale Themen bearbeitet. Und drittens konnten wir Themen wie Kolonialität, globale Gerechtigkeit und die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen mit europäischen Gewaltgeschichten, insbesondere Kolonialismus und Nationalsozialismus, programmatisch stärken.

Gewiss, auch zu meiner Amtszeit war nicht alles rosig. Schon als Ende 2020 meine Präsidentschaft begann, waren die goldenen Jahre der vergangenen eineinhalb Dekaden mit kontinuierlichem Mittelaufwuchs und der Erschließung neuer Themenfelder und kultureller Kooperationen an ihr Ende gekommen. Die Coronakrise hatte das Institut fest im Griff; erste Finanzengpässe zeichneten sich ab. Dann folgten die russische Völlinvasion in der Ukraine, bald darauf der Überfall der Hamas auf Israel und der Krieg in Gaza sowie viele weitere kleinere und größere Krisen in Gastländern des Goethe-Instituts. Das Institut erarbeitete innovative strategische

Antworten auf all diese Herausforderungen, aber die finanziellen Mittel wurden immer knapper. Die Abwehrkämpfe – gegen weitere Kürzungen, aber auch gegen politische Engführung und administrative Gängelung – banden viele Energien.²

Was mir in meiner Amtszeit half, die Hoffnung auf kreative Antworten auf Krisen nicht zu verlieren, waren die vielen Begegnungen mit einer hoch engagierten

»Das Goethe-Institut operiert im Spannungsfeld von postkolonialem Anspruch und machtbestimmter Realpolitik.«

Belegschaft – weltweit 4400 Mitarbeitende, davon die meisten mit lokalen Arbeitsverträgen in den Gastländern und entsprechend diversen gesellschaftlichen und kulturellen Erfahrungshintergründen. Hoffnung stiftet ironischerweise auch, dass sich, wie mir meine Arbeit an der Institutsgeschichte gezeigt hat, Konflikte mit dem Auswärtigen Amt oder dem Bundeskanzleramt mit einiger Regelmäßigkeit wiederholten – und dass das Goethe-Institut an diesen Krisen stets wachsen konnte.

So sehr sich die konkreten Konstellationen natürlich auch änderten, operierte das Institut doch von Anfang an in einem Spannungsfeld von Autonomie versus politisch-administrativer Steuerung, nationalem Rahmen versus multilateraler Praxis, Innen- versus Außenkulturpolitik und – in jüngerer Zeit – postkolonialem Anspruch versus machtbestimmter Realpolitik. Innovationen in der Institutsarbeit entsprangen dabei oft nicht den Anforderungen des Auswärtigen Amtes oder der Zentrale des Goethe-Instituts, sondern erwachsen aus Initiativen der lokalen Institute, die ihrerseits Ideen aus ihrem Austausch mit den Kulturszenen der Gastländer generierten.

Bei Verhandlungen im politischen Raum in Deutschland ist die Bedeutung dieser lokalen Vielfalt der Institutsarbeit zwar schwer zu »erzählen«, doch gerade sie ist

2 Zu meinen Erfahrungen und den für meine Amtsführung relevanten politischen und kulturellen Krisen vgl. Carola Lentz, *Aus der Wissenschaft in die Kulturpolitik (und zurück). Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts*, Arbeitspapiere des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 215, 2026. Zur Geschichte des Goethe-Instituts vgl. Carola Lentz und Marie-Christin Gabriel, *Das Goethe-Institut: Eine Geschichte von 1951 bis heute*, Stuttgart 2021.

eine der größten Stärken des Goethe-Instituts. Seine Arbeit vor Ort, die ich bei meinen vielen Reisen kennengelernt habe, setzt auf Zuhören und genuinen Austausch. Die konkrete Kultur- und Spracharbeit passt sich an lokal unterschiedliche Kontexte und Bedürfnisse an; sie ist darum etwa in Tokio und Kyoto anders als in Paris, Tbilisi, Riga oder Warschau. Viele meiner Gesprächspartner betonten, wie wichtig für sie vor Ort die Schutzräume, Ressourcen und vielfältigen Begegnungen seien, die das Goethe-Institut ihnen ermögliche. Zugleich gab es kritische Stimmen, etwa zu den massiven Budgetkürzungen und Institutsschließungen oder zur Haltung der Bundesregierung zu Israel. Doch auch bei Kritik setzt das Goethe-Institut den Dialog fort und verteidigt Freiräume des Austauschs, auch wenn konträre Positionen bestehen bleiben. »Im Austausch mit der Welt. Für Vielfalt, Verständigung und Vertrauen«: Dieses Motto des Goethe-Instituts konnte und kann ich unterschreiben. Es ist auch ein ethnologisches Credo.

Die Ethnologin als Übergangspräsidentin – vor der nationalistischen Kulturwende?

Im Februar 2022 nahm ich in Dakar an der Grundsteinlegung für ein neues Gebäude des Goethe-Instituts teil und besichtigte nach dem Ende des offiziellen Programms gemeinsam mit einem befreundeten Journalisten der Deutschen Welle das »Monument der afrikanischen Wiedergeburt«. Während wir die Treppenstufen hinaufstiegen, sprachen wir über Persönliches und über die Frage, welchen Unterschied eigentlich die personelle Besetzung von politischen Ämtern macht. Im Anblick des gigantischen senegalesischen Monuments, das eine gerechtere Zukunft beschwört, war meine spontane Antwort: »Ich bin eine Übergangspräsidentin.«

Wie meine Vorgänger sah und sehe ich deutsche Kulturpolitik in der Pflicht, die Verantwortung für die historischen Verbrechen unseres Landes wahrzunehmen und vor diesem Hintergrund respektvollen Kulturaustausch zu ermöglichen. Nur ohne westeuropäisches Überlegenheitsdenken, so meine Überzeugung, können wir in einen wirklich bereichernden kulturellen Austausch mit der Welt eintreten. Doch mit meinem bildungsbürgerlichen Hintergrund und als weiße Deutsche habe ich die Tür zu mehr Diversität in der Besetzung kulturpolitischer Ämter in unserer postmigrantischen Gesellschaft nur aufgestoßen. Über kurz oder lang, so damals in Dakar meine Vision, könnte die Präsidentschaft des Goethe-Instituts – das kulturpolitische Gesicht Deutschlands in der Welt – auch von einer Schwarzen Deutschen oder einer Person mit türkischen oder syrischen Vorfahren verkörpert werden.

Aus heutiger Perspektive gehört diese Vision allerdings einem Moment an, der derzeit schon wieder verschwindet.

Bereits bis zur Pandemie war die Arbeit von einerseits finanzieller Konsolidierung und andererseits thematischer Erweiterung geprägt. Migration, Populismus, aber auch die Zunahme illiberaler Demokratien und autoritärer Regime forderten neue Allianzen. Die Grenzen zwischen Innen- und Außenkulturpolitik wurden durchlässiger – etwa in der Arbeit mit Exilkünstlerinnen und -künstlern oder durch Formate, die internationale Diskurse nach Deutschland zurückspiegelten (umso fataler scheint es mir zu sein, dass das Programm »Goethe-Institut im Exil« für in ihrem Heimatland bedrohte Kulturtätige eingestellt wurde). Mit Corona und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verschärfen sich finanzielle und poli-

tische Herausforderungen dann erneut; Prioritäten mussten neu austariert werden. Und in den neuen geoökonomischen und -politischen Konstellationen gerät internationale Kultur- und Bildungsarbeit zusätzlich unter einen wachsenden Rechtfertigungsdruck. Die politischen Erwartungen richten sich stärker auf Steuerbarkeit, Effizienz und unmittelbare, messbare Wirkung. An die Stelle von Zuhören, Offenheit, Dialog und pluraler Repräsentation tritt zunehmend wieder der Anspruch, Kultur als Mittel der Selbstbehauptung und der Vermittlung nationaler Interessen einzusetzen.

Kulturpolitik als ambivalente »Soft Power«

Ich habe den Begriff der »Soft Power« lange gemieden, weil er kulturellen Austausch auf ein politisches Instrument reduziert. Doch scheint er jetzt eine neue, ambivalente Rolle zu gewinnen. In einer Welt, die immer stärker von Sicherheitsdenken und machtpolitischen Logiken bestimmt ist, ist es schon ein Erfolg, wenn Kulturarbeit überhaupt noch als weniger konfrontatives Mittel der Politik anerkannt wird. Allerdings wird der Spagat zwischen einer Verteidigung offener kreativer ästhetischer Formate »ohne« Zweckbindung und dem beherzten Eintreten für die in der europäischen Aufklärung begründeten Werte wie Freiheit, Gleichheit, Vernunft, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit schwieriger.

Umso wichtiger ist die Verteidigung der inneren Unabhängigkeit des Goethe-Instituts, das diesen Spagat bewältigen muss. Seine Unabhängigkeit zeigt sich nicht nur in formalen Strukturen, sondern vor allem in der gelebten Praxis: in der Fähigkeit zur Selbstkritik, in dezentralen Entscheidungswegen und im Erhalt von Freiräumen für offene, nicht vollständig planbare kreative Prozesse.

Meine anhaltende Hoffnung für das Goethe-Institut gründet sich auf die Resilienz seiner gewachsenen Strukturen. Dazu gehört zum einen seine weltweite Präsenz. Das über viele Jahre aufgebaute Vertrauen in lokale Expertise hat das Institut geprägt und ihm Glaubwürdigkeit verliehen. Gerade diese Erfahrungen ermöglichen es, kulturelle Arbeit nicht als bloße Verlängerung staatlicher Interessen zu betreiben, sondern als genuin offenen Austausch in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten. Zum anderen gehört dazu die rechtliche Form und Funktionsweise als unabhängiger zivilgesellschaftlich verankerter Verein.

In dieser dezentralen, zivilgesellschaftlich fundierten Arbeitsweise des Goethe-Instituts - der eigenen historischen Rolle bewusst, dialogisch, selbstkritisch, offen und nicht auf kurzfristige Zwecke ausgerichtet - besteht meines Erachtens die besondere Stärke internationaler Kulturarbeit. Sie liegt nicht in ihrer strategischen Wertbarkeit, sondern in ihrer Glaubwürdigkeit. Diese Form von Kulturarbeit hält Widersprüche aus, macht Differenzen sichtbar und schafft Räume für Verständigung.

Darin besteht ihre demokratische Qualität - und, wenn man die Sprache der »Soft Power« benutzen will, letztlich auch die überzeugendste Form der »Werbung« für Deutschland und seine Demokratie. Auch heute noch will ich als großer Fan des Goethe-Instituts unbedingt daran glauben, dass neben allen Nützlichkeitsabwägungen wie Fachkräftevorbereitung und Integrationskurse auch die Freiräume für kreativen Ideenaustausch und ästhetischen Eigensinn offengehalten werden können. Wir brauchen sie für eine friedlichere und gerechtere Welt, in der wir uns auch in Zukunft mit Neugier und Respekt begegnen können. ◻